

Antworten auf Fragen der IG Metall Hannover

Die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten haben sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht. Die Zahl der Beschäftigten über einen Werkvertrag steigt. Wie bewerten Sie diese Tendenz am Arbeitsmarkt?

Das geht gar nicht! Die Entwicklung, dass Leiharbeits- und Werkverträge zunehmend als günstige Daueralternative zur Stammbesellschaft genutzt werden, muss gestoppt und beendet werden. Leiharbeiter_innen verdienen meist deutlich weniger als regulär angestellte Mitarbeiter_innen. Ich finde: gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. Wir Grünen setzen uns daher für die Durchsetzung des Equal-Pay-Prinzips in der Leiharbeit ein. Zusätzlich fordern wir, wie in Frankreich einen zehnprozentigen Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter_innen. Ich habe mit meinen Kolleg_innen der Grünen Bundestagsfraktion schon 2011 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, indem wir fordern, Werkverträge deutlicher von Leiharbeit abzugrenzen und effektivere Kontrollen in Betrieben durchzuführen. Als IG-Metall-Mitglied sind mir der Schutz und die Durchsetzung von Rechten für Beschäftigten besonders wichtig. Ich werde mich weiterhin dafür stark machen, dass wir den Arbeitsmarkt neu ordnen und regulieren und insbesondere den Niedriglohnbereich austrocknen.

Weiterhin gibt es zahlreiche Branchen, die nicht durch einen Tarifvertrag oder nur durch Absprachen sogenannter Christlicher Gewerkschaften reguliert sind. Lohndumping ist damit vielfach der Weg bereitet. Wie stehen Sie zur Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro?

Ich bin für einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Dieser kommt den Millionen Menschen in Deutschland zu Gute, die für weniger als 8,50 Euro Stundenlohn arbeiten. Hunderttausende sind auf ergänzende Arbeitslosengeld (ALG) II-Leistungen angewiesen, weil ihr Lohn nicht zum Arbeiten reicht. Miese Bezahlung wird durch die Aufstockung von unfairen Niedriglöhnen noch staatlich subventioniert. Das wollen wir beenden. Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt besonders den vielen Frauen im Niedriglohnsektor zu Gute. Er ist einer von vielen notwendigen Schritten, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Natürlich muss der Mindestlohn in Zukunft mit der Preisentwicklung Schritt halten. Eine Mindestlohnkommission aus Vertreter_innen der Gewerkschaften, der Kapitaleseite und der Wissenschaft soll für die Festlegung und die Anpassung des Mindestlohnes verantwortlich sein.

Ein allgemeiner Mindestlohn stellt aber nur eine absolute Untergrenze dar. Wir Grüne wollen, dass allgemeinverbindliche, tarifliche Branchenmindestlöhne oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns für die Tarifpartner in Zukunft einfacher zu erreichen sind. Dazu wollen wir das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen öffnen und das Verfahren, um tarifliche Mindestlöhne für allgemein verbindlich zu erklären, vereinfachen.

Das Renteneintrittsalter steigt sukzessive auf 67 Jahre. Gleichzeitig wird das Rentenniveau bis 2030 von 49 Prozent auf 43 Prozent sinken. Die gesetzliche Förderung der Altersteilzeit wurde abgeschafft. Angemessene Arbeitsplätze für ältere Menschen sind selten. Wie stehen Sie zur Einführung der Rente mit 67, zur faktischen Senkung des Rentenniveaus und zur Abschaffung der geförderten Altersteilzeit?

Statt der alleinigen Fixierung auf ein starres Renteneintrittsalter brauchen wir viel mehr fließende Übergänge und flexible Modelle, die den unterschiedlichen Lebensplanungen der Menschen gerecht werden. Manche Menschen können mit 60 nicht mehr arbeiten, andere sind fit genug und wollen länger arbeiten. Wer jedoch aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen muss, sollte dies

ohne Abschläge tun können. Die Rente mit 67 darf nicht zu einer Rentenkürzung durch die Hintertür führen. Ein höheres Renteneintrittsalter macht nur Sinn, wenn es von den meisten Beschäftigten realistisch erreicht werden kann. Bessere Arbeitsbedingungen für alle sind eine unverzichtbare Voraussetzung, um länger arbeiten zu können. Deshalb müssen Arbeitsförderung und Gesundheitsförderung eng miteinander verzahnt werden. Eine weitere Privatisierung des Rentensystems lehne ich konsequent ab und streite dafür, dass wir höhere Einkommen und Kapitalerträge mit in die Finanzierung der Rente einbeziehen. Nach der Einführung der Bürgerversicherung in der Gesundheit und bei der Pflege sollten wir auch das Rentensystem – inklusive der Beamt_innen und Politiker_innen - daraufhin ausrichten. Als ersten Schritt wollen wir die steuerfinanzierte Garantierente, so dass Menschen, die 30 Jahre lang gearbeitet haben eine höhere Rente als die Grundsicherung im Alter erhalten. Auch Zeiten der Ausbildung, Kindererziehung oder ungewollter Arbeitslosigkeit wollen wir teilweise dazu anrechnen.

Nur 23 Prozent der Kinder aus Nichtakademikerhaushalten beginnen ein Studium. Immer mehr betriebliche Ausbildungsberufen dauern lediglich zwei Jahre während gleichzeitig die Zahl der Dual Studierenden in den Betrieben steigt. Wie kann Bildung in Deutschland gerechter verteilt werden?

Meine Eltern haben beide einen Realschulabschluss und eine kaufmännische Berufsausbildung absolviert. Sie haben immer viel Wert auf Bildung gelegt. Ich bin der Erste aus meiner Familie, der studiert hat. Wohl gemerkt auch in Kombination mit einer Ausbildung bei einem dualen Studium zum Betriebswirt bei Bosch Rexroth in Laatzen. Seit dieser Zeit bin ich auch Mitglied der IG Metall, weil es mir als Auszubildender und Angestellter im Betrieb stets wichtig war und ist solidarisch mit meinen Kolleg_innen zu sein und gemeinsam für gerechtere Arbeitsverhältnisse zu streiten. Ich habe ganz persönlich erfahren, was Aufstieg durch Bildung heißt. Bildung muss für Alle offen und diskriminierungsfrei sein, ob ein Kind nun aus einem Akademiker_innenhaushalt oder einer Arbeiter_innenfamilie kommt. Davon sind wir heute leider weit entfernt. Deutschland hat eines der ungerechtesten Bildungssysteme der Welt. Das diskriminierende mehrgliedrige Schulsystem will ich schrittweise überwinden und mehr gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen fördern. Der Kinder- und Elternwille soll bei diesem Umbauprozess von unten eine hohe Priorität haben. Durch längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen können wir mehr Menschen ermöglichen, besonders Kindern aus Nichtakademiker_innenhaushalten und Familien mit Migrationshintergrund, die Hochschulreife zu erlangen und das gewünschte Studium oder die Ausbildung zu beginnen. Hier sind vor allem die Länder gefordert. Aber auch auf Bundesebene kann mehr getan werden. Wir Grüne wollen das unsinnige Kooperationsverbot abschaffen, damit der Bund mehr in die Bildung investiert. Wir wollen jährlich 1 Milliarde zusätzlich für Krippen und Kindertagesstätten. Für ein neues Ganztagschulprogramm soll der Bund den Ländern jährlich 500 Mio. Euro zur Verfügung stellen und damit die Studienplätze anwachsen und besser werden, wollen wir ebenfalls jährlich 1 Mrd. Euro mehr für den Hochschulpakt zur Verfügung stellen. Um mehr Menschen ein Studium zu ermöglichen wollen wir das BAföG gezielt für Studierende aus einkommensschwachen Familien reformieren und die Bundesmittel um 300 Mio. Euro jährlich erhöhen.

Lernen hört mit der Schule, der Ausbildung oder dem Studium nicht auf. Um lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu fördern, wollen wir ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Dieses Förderinstrument setzt keine Altersgrenze. Die ökonomische Situation der Berechtigten bestimmt, in welchem Verhältnis die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten als Zuschuss oder als Darlehen erfolgt. Dafür soll der Bund zu Beginn jährlich 200 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Bildung ist für mich zentral, für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Deswegen darf Bildung nicht auf die Ökonomie, Leistungsdruck und die Produktion von „Humankapital“ (Unwort des Jahres 2004) fokussiert sein, sondern soll die Selbstbestimmung von Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir sollten keine Konsument_innen und Untertanen ausbilden, sondern kritische und engagierte Demokrat_innen.

Sven-Christian Kindler
Mitglied des Bundestages
Mitglied im Haushaltsausschuss
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mail: sven-christian.kindler@bundestag.de * Internet: www.sven-kindler.de
facebook: Sven-Christian Kindler * twitter: sven_kindler

Telefon: 030-227 74232
Fax: 030-227 76232

Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin